

# Das deutsche „Mehrgenerationenhaus“: Die falsche A

Nur 282.000 Menschen in über 39 Millionen Haushalten leben heute generationenübergreifend zusammen, d.h. das Zusammenleben von Eltern, Kindern, Großeltern und Enkeln ist in Deutschland eine Seltenheit geworden. Mit der Merkel-Regierung hat sich eine Idee in der öffentlichen Diskussion verbreitet, die sich mit der Frage einer besseren Integration von verschiedenen Generationen in räumlichen Kontexten beschäftigt: das Konzept der „Mehrgenerationenhäuser“. In diesem Beitrag werden das Programm und die ersten geförderten Projekte vorgestellt. Gleichzeitig soll das „Mehrgenerationenhaus“ als eine politische Antwort auf die Herausforderungen des demographischen und sozialen Wandels in Deutschland diskutiert werden.

## Schrumpfende Städte, wachsende Metropolen

Die demographische Situation in Deutschland ist von einer widersprüchlichen Tendenz gekennzeichnet: Zunächst weist die Entwicklung der Einwohnerzahlen einen negativen Trend auf, d.h. dass die Geburtenrate dauerhaft unterhalb der Sterberate liegt. Die Prognosen des Bundesamtes für Statistik sowie wichtige Demographieforscher gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung noch verschärft. Berechnungen für das Jahr 2020 (und weitergehend bis 2050) legen nahe, dass sich die Geburtenquote langfristig nicht so ändert, dass sich die Bevölkerungszahl durch „natürliche“ Vermehrung aufrechterhält. Obwohl die Diagnose des demographischen Wandels auf scheinbar logischen Argumenten aufbaut, hält sie keiner ernsthaften Analyse stand.

Wenn man nicht generell Prognosen über einen so langen Zeitraum schon für an sich nicht wissenschaftlich halten will, so ist zumindest die Monokausalität der Argumentation auffallend. Demnach ist die demographische Entwicklung lediglich von der Geburtenrate abhängig – andere Faktoren, insbesondere Migration, werden ausgeblendet. Der Migrationsforscher Dieter Oberndörfer kritisiert, dass durch den Fokus auf die Geburtenrate bereits eine politische Entscheidung suggeriert wird. Während Deutschland sich in den letzten Jahren zunehmend als Einwanderungsland versteht, hat Migration in den demographischen Prognosen keinen Stellenwert.

Die demographische Entwicklung wurde vom regierungsabhängigen Bundesamt für Bau- und Raumordnung (BBR) auf ihre räumlichen Konsequenzen hin untersucht; die Prognosen wurden dementsprechend auf die einzelnen Regionen übertragen. Hierbei wurde berücksichtigt, dass es einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Einwohnerzahl gibt. In dieser „Raumordnungsprognose 2020“ wird davon ausgegangen, dass es schrumpfende, aber auch wachsende Städte geben wird. Zu den Städten, die weiterhin an Einwohner verlieren werden, gehören vor allem die ostdeutschen Städte und jene im Westen, die während der industriellen Revolution gegründet wurde, insbesondere im Ruhrgebiet. Eine Zunahme der älteren Generation wird vor allem für eher ländliche Gebiete vorhergesagt.

Die prognostizierten Entwicklungen sehen deshalb vor, dass es eine geringe Geburtenrate gibt, aber einen weiteren Zugang in die ökonomischen Wachstumspole Deutschlands, vor allem nach Baden-Württemberg und Bayern. Dort allerdings ballen sich die Probleme in der Art, dass es für Familien schwieriger wird, berufliche und private Lebensplanung miteinander zu verbinden. Das Problem ist also, dass die ökonomischen Wachstumskerne keinen Geburtenüberschuss produzieren, der die negative demographische Entwicklung in ganz Deutschland kompensieren könnte.

Mit anderen Worten: obwohl in Städten wie München, Stuttgart, Hamburg, Frankfurt oder Köln ein überproportionaler Wohlstand erwirtschaftet wird, kann dieser nicht für die Planung der Familie genutzt werden. Das Grundproblem der negativen Demographie beruht auf der Unmöglichkeit, dass insbesondere Frauen ihre berufliche und private Lebensführung nicht miteinander in Einklang bringen können. Das staatliche Angebot ermöglicht nur 8,5 Prozent aller Kinder unter drei Jahren eine Tagesbetreuung. Während für die Drei- bis Sechsjährigen eine Ganztagsbetreuung vom Staat garantiert wird, haben Schulkinder nur zu 5,8 Prozent die Möglichkeit, nachmittags betreut zu werden. Damit ist de facto eine erhebliche Verantwortung für die Kinderbetreuung nach wie vor Privatangelegenheit.

## Programm „Multigenerationenhaus“

Der demographische Wandel wird schon seit einiger Zeit in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit diskutiert. Während der Regierung von Gerhard Schröder wurde insbesondere eine gesteuerte Migration als ein Ausweg vorgeschlagen (Bericht der Süßmuth-Kommission). Dagegen gab es von konservativer Seite massiven Widerstand, ohne aber dass diese eigene überzeugende Konzepte und Vorschläge entwickelte. Bei den Bundestagswahlen 2005 bestätigte sich daher in den Wahlanalysen, dass die CDU insbesondere aufgrund eines mangelnden Verständnisses für die soziale Problematik der Frauen zwischen Familie und Beruf das zweitschlechteste Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik erzielte. Weitere Analysen zeigen, dass es insbesondere die Frauen in den Großstädten sind, die sich nicht mehr mit dem konservativen Frauenbild der CDU identifizieren können.

Die „Multigenerationenhäuser“ sind vor dem Hintergrund dieser Krise des konservativen Familien- und Frauenverständnisses zu sehen: Ihr Konzept ist eng mit der Familienministerin Ursula von der Leyen verbunden, die für die CDU eine Möglichkeit zur Wiedergewinnung der weiblichen Wählerstimmen und der Großstädter verkörpert. Die mehrfache Mutter und Ärztin, die modern und elegant wirkt, scheint der trotzige Beweis, dass es doch möglich ist, Kinder und Karriere miteinander zu vereinbaren. Dabei betont sie allerdings oft, dass sie eine Ausnahme sei. Sie schließt sich weitgehend der allgemeinen Kritik an der mangelnden Unterstützung für Familien an und verweist dabei häufig auf die substantielle Unterstützung die Familien in Frankreich erhalten. Im Gegensatz zu vielen anderen konservativen Politikern verschließt sie auch nicht die Augen vor der inzwischen enormen Kinderarmut in Deutschland. Nach dem letzten offiziellen Sozialbericht der Stadt Berlin lebt inzwischen jedes dritte Kind in der Hauptstadt in Armut.

Mit diesem Profil hat es von der Leyen geschafft, eine politische Blitzkarriere in Deutschland zu absolvieren, die die Not der Konservativen nach neuen Konzepten unterstreicht. Im Jahr 2003 wurde sie Sozialministerin im Bundesland Niedersachsen.

# Antwort auf ein komplexes Problem

sen und zwei Jahre später wurde sie für die gleiche Aufgabe in das Kabinett der neuen Bundesregierung ernannt. Das Konzept der „Multigenerationenhäuser“ ist sofort nach Amtsantritt als Bundesministerin als ihr Kernprojekt propagiert worden, so wie es auch in Niedersachsen zu ihrem Markenzeichen werden sollte. Interessant dabei ist, dass die Ministerin in Niedersachsen keineswegs ein „Mehr“ an Frauen- und Familienförderung anstrebt, wie man dies aufgrund ihrer Wertschätzung des französischen Modells vermuten könnte. Im Gegenteil, die Einführung des „Multigenerationenhauses“ in Niedersachsen ging einher mit rigiden Sparkonzepten, bei dem insgesamt weniger staatliche Hilfe für Bedürftige bereitgestellt wurde. Berüchtigt wurde sie, weil sie 11.000 Blinden die zusätzlichen Hilfen im Alltag strich, wenn deren Einkommen über der Sozialhilfe liegt.

## Selbsthilfe als Prinzip

Die Absage an die staatliche Unterstützung für Familien liegt auch dem Konzept der „Multigenerationenhaus“ zugrunde. In der offiziellen Darstellung des Landes Nie-

sachsen heißt es: „Wir können nicht alles, was Menschen in Zukunft brauchen, mit professionellen Kräften leisten. Über allem steht der Gedanke der Selbsthilfe, der das tragende Prinzip für das Gestalten und die Organisation ist.“ Diese Betonung der Selbsthilfe kann als das neue Credo der konservativen Sozialpolitik verstanden werden, das sich mit einer neuen Wertschätzung der Nachbarschaft und „Gemeinschaft“ verbindet: „Das Mehrgenerationenhaus versteht sich als Beitrag zum Aufbau neuer Nachbarschaften mit Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten zwischen Jung und Alt. Mit dem Mehrgenerationenhaus wird ein Raum bereitgestellt, in dem die Menschen sich als Teil einer Gemeinschaft begreifen.“ Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die Multigenerationenhäuser als Ort des bürgerlichen Engagements und der Freiwilligkeit zu verstehen sind, „von Laien zu Laien“ und dass die Belohnung „non-monetär“ zu erfolgen hat. Das niedersächsische Konzept sieht vor, dass unterschiedliche Träger wie Kommunen, Wohlfahrtsver-

bände, Kirchen, Vereine etc. sich für die Förderung im Rahmen dieses Programms bemühen können. Idealerweise soll dieses Haus in einem zentral gelegenen Ort angesiedelt sein, zu Fuß zu erreichen, „hell und von einer ausreichenden Grünfläche umgeben sein.“ Die Fläche soll mindestens 100 Quadratmeter betragen, Rückzugsmöglichkeiten für Kinder und alte Menschen, einen großen Raum als Treffpunkt, eine Küche, ein Werkraum, Lager- und Abstellraum und Platz für einen kleinen Laden vorsehen. Auch über das Mobiliar hat sich das Ministerium Gedanken gemacht und schlägt vor, „stabil und ansprechend“ die Räume zu möblieren. Hinsichtlich des Personals wird als erforderlich angesehen, dass es eine halbe Mitarbeiterstelle gibt, die mit mehreren geringfügig Beschäftigten („Mini-Jobs“) zusammen ein Team organisieren, dem zudem Personen angehören, die für bestimmte Angebote auf Honorarbasis bezahlt werden. Alle Mitarbeiter sollten sich aus dem sozialen Milieu rekrutieren und zu diesem gute Beziehungen haben. Das Angebot sieht vor, dass die halben Mitarbeiterstellen für fünf Jahre vom Land finanziert werden und auch teilwei-



## Das deutsche „Mehrgenerationenhaus“: Die falsche Antwort auf ein komplexes Problem

se Sachkosten übernommen werden. Bis zum Jahr 2008 sollen in Niedersachsen bis zu 50 Mehrgenerationenhäuser entstehen, wenn möglich in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt.

Während in Niedersachsen seit dem Jahr 2003 die ersten Fördermaßnahmen laufen, ist noch nicht erkennbar, mit welchen Details und konkreter Ausrichtung das „Mehrgenerationenhaus“ nun auch für ganz Deutschland umgesetzt werden soll. Bislang liegt der Öffentlichkeit nur der allgemeine Beschluss der Bundesregierung vor, in einem Modellprojekt wie in Niedersachsen in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt die nächsten fünf Jahre lang mit jährlich 40.000 Euro zu unterstützen. Der Beginn ist für das Jahr 2006 vorgesehen und insgesamt sind 88 Millionen Euro dafür eingeplant. In der Erklärung der Regierung heißt es zum Programm: „Mehrgenerationenhäuser sind Anlaufstelle und Drehscheibe für familienorientierte Dienstleistungen. Sie bieten zum Beispiel Erziehungs- und Familienberatung, Gesundheitsförderung, Krisenintervention und Hilfeplanung an. Sie können eigene Angebote der Frühförderung, Betreuung, Bildung und Lebenshilfe entwickeln.“ Die Ministerin charakterisiert sie wie folgt: „Das sind Orte, an denen sich die Menschen tagsüber treffen können, wo es eine Krabbelgruppe mit einer Altenbegegnungsstätte gibt, ein Jugendzentrum und Hausaufgabenhilfe unter einem Dach, um einander stärker zu helfen.“

### Vorzeigeprojekt 1: Pattensen

In den Werbebroschüren der niedersächsischen und nun auch der Bundesregierung werden bestimmte, bereits in die Förderung aufgenommene Projekte immer wieder hervorgehoben. Insbesondere das Beispiel des „Mobile“-Projekts in Pattensen wird häufig als Erfolgsstory beschrieben. In den bundesdeutschen Medien wird dieses Beispiel meist als exemplarisch angeführt, obwohl es noch keine (unabhängigen) Untersuchungen gibt, die die Repräsentativität von Pattensen belegen würden: Eine Evaluation ist erst nach drei Jahren vorgesehen. Nach Darstellung der Bundesregierung geht es in Pattensen „lebendig“ zu. Beschrieben wird ein klischeehaftes Bild von Großfamilie: „Dutzende Kleinkinder krabbeln über den Boden im

Begegnungsraum. In der ‚Guten Stube‘ nebenan wird Doppelkopf gespielt. Und etwa abseits erklärt ein Teenager einem Senioren die Kniffe beim Umgang mit dem Handy.“ Angeboten werden Familienkurse, Selbsthilfegruppen, Gesundheits- und Ernährungsberatung, ein Kindergarten sowie ein Café, das allen Generationen offen stehen soll. Mit dem Projekt „Wunschgroßelterndienst“ werden kinderliebe, vitale Senioren als Ersatz-Omas /-Opas an Eltern oder Alleinerziehende vermittelt. Das Ministerium schlussfolgert: „Zum Gelingen des Ganzen ist viel ehrenamtliches Engagement und Herzblut der professionellen Mitarbeiter erforderlich. In Pattensen funktioniert es“.

### Die Realität

Was aber ist „Mobile“ eigentlich? In Wirklichkeit gibt es dieses Projekt schon seit längerer Zeit. Dieser Verein besteht bereits seit 2004 und hat sich laut Satzung zum Ziel gesetzt, Begegnung, Bildung, Betreuung und Beratung für Familien unter einem Dach anzubieten. Im Jahr 1999 konnte der Verein sein Ziel durch die Eröffnung des „Mütter- und Familienzentrum Pattensen“ realisieren und viele Angebote entwickeln, für die es in der südlichen Region von Hannover noch kein Angebot gab. Hierzu zählten von Beginn an einen offenen Treff für Eltern, Großeltern und Kinder, ein Mittagstisch für Jung und Alt, Kinderbetreuung von zwei bis 14 Jahren, Kursangebote und auch schon der „Wunschgroßelterndienst“. Es ist wichtig zu erwähnen, dass dieser Verein von Spenden und Mitgliedsbeiträgen abhängig ist. Das Land Niedersachsen hat sich bisher an der Kindertagesstätte beteiligt und die Region Hannover finanziert die Geschäftsführung. Festzuhalten ist außerdem, dass das Beispiel Pattensen in einer Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) unter 120 Initiativen in der außerschulischen Kinderbetreuung als „besonders innovativ und ausgereift“ eingestuft wurde. Am „Paradebeispiel Pattensen“ zeigt sich, dass das Programm des „Mehrgenerationenhauses“ an eine bereits bestehende Form der sozialen Integration der verschiedenen Generationen anschließt. Das Programm belohnt in diesem Sinne das jahrelange, unentgeltliche Engagement dieses Vereins, der ansonsten nur eine sehr begrenzte finanzielle Sicherheit hat.

### Vorzeigeprojekt 2: Wildeshausen

Auch in dieser Kleinstadt südlich von Bremen war bereits vor dem Einrichten des Mehrgenerationenhauses „Haus der Begegnung“ im Jahr 2003 eine gefestigte Organisationsstruktur vorhanden. Seit 1997 betreibt das Deutsche Rote Kreuz (DRK) an diesem Ort ein Seniorenbüro, in dem Angebote wie zum Beispiel zu Gymnastik und Gedächtnistraining organisiert wurden. Die Bundesregierung bewirbt dieses Beispiel u.a. mit „Seitdem das ‚Haus der Begegnung‘ vor zwei Jahren zum Mehrgenerationenhaus geworden ist, geht es hier lebhaft zu: Kinder, Mütter, Jugendliche und Ältere frühstücken und basteln zusammen“. Illustriert wird dieser Text mit einem Foto, in dem eine ältere Frau über die Schulter eines Kindes schaut.

In Wildeshausen ist das Angebot tatsächlich nach der Aufnahme in das Programm der „Mehrgenerationenhäuser“ substantiell erweitert worden und findet eine Verbindung von Seniorenaktivitäten mit den Bedürfnissen von Familien statt. Dies lässt sich an den neuen Angeboten erkennen, die seitdem entwickelt wurden; zu nennen sind hier vor allem Kinderbetreuung und Hausaufgabenhilfe. Auch besondere Angebote nur für Mütter sind entwickelt worden, wie die Mutter-Kind-Gruppe, in der bei Schwierigkeiten in der Erziehung geholfen werden soll. Zugleich hat sich aber auch für die Senioren das Angebot des Hauses erweitert, indem Aktivitäten, die mehr Begleitung benötigen, wie etwa Tagesausflüge, realisiert werden. Zudem ist es den Mitarbeitern gelungen, die Einbindung der Schulen in der Nachbarschaft zu erzielen.

### Unterschiede

Insgesamt ähnelt dieses offiziell propagierte Beispiel sehr dem von Pattensen. Ein wichtiger Unterschied ist aber, dass der Träger dieses Projekts in vielfältiger Weise in den korporatistischen Wohlfahrtsstaat eingebunden ist und er nicht mit dem bürgerlichen Engagement des Vereins „Mobile“ verglichen werden kann. Die öffentliche Kritik an dem niedersächsischen Mehrgenerationenhaus-Programm zielt deshalb auf die Tatsache, dass mit den Förderungen des Sozialministeriums im Grunde nur selten wirkliches Engagement von



Bürgern tatsächlich finanziert wird und stattdessen die bereits bestehenden Kooperationen zwischen dem Staat und Organisationen (wie dem Deutschen Roten Kreuz), die quasi staatliche Aufgaben übernommen haben, noch eine weitere Unterstützung erhalten (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 16. Januar 2006). Es scheint schwer zu sein, echte Beispiele selbst organisierter Hilfe zu finden, wenn die Förderung von etablierten Sozialorganisationen für die Werbung herangezogen werden muss. Unter den zwölf ersten Projekten, die gefördert wurden, befindet sich nur noch eine einzige autonom entstandene Initiative, das Mütterzentrum Hameln, die man als Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements verstehen könnte. Auffallend ist auch, dass es sich mit Ausnahme von Braunschweig und Oldenburg nur um Projekte handelt, die in den Peripherien der Großstädte liegen oder sogar auf dem Land, handelt: Pattenzen (Hannover), Hameln (Kleinstadt), Dörverden (ländlich), Wildeshausen (Oldenburg), Nordstemmen (Hildesheim), Danneberg, Barnstorf (ländlich), Langenhagen (Hannover), Lüneburg (Kleinstadt).

### Die „anderen“ Mehrgenerationenhäuser

Der Selbstorganisation der Gesellschaft ist es wohl zu verdanken, dass sie ihre Probleme auch jenseits politischer Maßnahmen wie dem Programm der „Mehrgenerationenhaus“ zu handhaben versucht. Ein Blick auf die Realität dieses speziellen Programms allein würde die vielen Initiativen in Deutschland außer acht lassen, die es bereits vorher gegeben hat und dies insbesondere auch in den Großstädten. Viel beachtet ist das Beispiel aus Stuttgart, in dem das „Generationenhaus West“ durch Kooperation von vier verschiedenen sozialen Organisationen realisiert wurde. Von Beginn an haben bei Planung und Bau das Wohlfahrtswerk, das Eltern-Kind-Zentrum, ein Verein für freie Altenarbeit und ein städtischer Kindergarten miteinander die Möglichkeiten eines neuen Treffpunkts ausgelotet und in die Tat umgesetzt. Anders allerdings als das Konzept der Bundesregierung schließen diese Ansätze „von unten“ die wichtigste Kategorie der Mehrgenerationenthematik explizit ein: nämlich das Wohnen. Im Beispiel Stuttgarts hat man ein fünfstöckiges Gebäude errich-

tet, in der die obersten zwei Etagen für Senioren gedacht sind. Die insgesamt zwanzig Appartements sind durch einen Fahrstuhl mit den unteren Etagen verbunden, in denen hauptsächlich Raum für Kinder eingerichtet ist. Die bisherigen Erfahrungen werden ehrlicher reflektiert als in der niedersächsischen Selbstdarstellung, in der das Zusammenleben immer nur als zum Vorteil aller gesehen wird. Der „Rheinische Merkur“ berichtet, dass es durchaus Toleranzschwierigkeiten zwischen z.B. Kindern und älteren Mitbewohnern gebe: „Nicht selten ärgern sich die Älteren über den Trubel im Haus, auf den die Jüngeren nicht verzichten möchten. Von Vorurteilen sind eben auch Menschen in einem Generationenhaus nicht frei: Dann ist von Kindern die Rede, die früher doch viel braver gewesen seien. Und von Senioren, die viel zu empfindlich sind.“ Anders als in den Beispielen der Regierung bzw. deren Außendarstellung geht man in Stuttgart davon aus, dass diese Konflikte unvermeidlich sind, aber auch, dass es sich in der Bilanz doch für alle Beteiligten lohne.

## Das deutsche „Mehrgenerationenhaus“: Die falsche Antwort auf ein komplexes Problem

### Aus eigener Initiative

Wie in Stuttgart und Darmstadt, wo 39 Parteien unter einem Dach wohnen, so entwickeln sich in den letzten Jahren überall in Deutschland Initiativen, die sich um eine eigene Lösung der Probleme von Senioren und Familien bemühen. Hierbei spielen unter anderem die Netzwerke der „Lokalen Agenda 21“ eine Rolle, die z.B. in Ludwigsburg das Projekt „querbeet“ schon seit drei Jahren an einem generationenübergreifenden Wohnhaus arbeiten. Zum Teil sind die pädagogischen und pflegenden Berufe in diesen Initiativen wichtige Akteure, weil sie mit ihrer Kompetenz auch für die sozialen Organisationen verlässliche Ansprechpartner sind. Auch Banken, wie u.a. ein Bericht des „Commerzbank Journals“ (17.3.2005) zeigt, stehen dem Vorhaben von „Multigenerationenhäusern“ zunehmend positiv gegenüber.

Der entscheidende Unterschied zwischen den Mehrgenerationenhäusern, die sich wirklich aus bürgerschaftlichen Engagement entwickeln und denen, die die Regierung nun fördern will, ist vor allem darin zu sehen, dass erstere das Wohnen mit einbeziehen. Dies würde man - der Begriff „Mehrgenerationenhaus“ legt das nahe - eigentlich auch von der Regierungsprogrammatisierung erwarten.

Davon ist aber in der Politik nicht die Rede, weil dies mehr oder weniger mit einem anderen konservativen Topos, dem Eigenheim, unvereinbar ist. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat die Förderung des Eigenheims als Wohnform Vorrang und wurde seit den fünfziger Jahren damit begründet, dass dies ein wichtiger Stützpfeiler einer freiheitlichen Gesellschaft sei. Gemeinschaftliche Wohnformen hingegen schrieb man im Allgemeinen einem sozialistischen Menschen- und Gesellschaftsbild zu, das es zu bekämpfen galt.

In Wirklichkeit ist die Isolierung vieler Senioren, die nun durch das Programm „Mehrgenerationenhaus“ überwunden werden soll, eine Konsequenz dieser Eigenheim-Philosophie. Insbesondere diejenigen, die sich aus körperlichen und finanziellen Gründen nicht ausreichend in ihrem Alleinleben versorgen können, geraten schnell in Schwierigkeiten. Die Einweisung in Altenheime könnte in vielen

Fällen verhindert werden, wenn stattdessen gemeinschaftliche Wohnformen angeboten würden. Wie eine bisher unveröffentlichte Studie der Universität Kassel belegt, zieht eine Mehrheit der Senioren diese Option einem Umzug in das Altersheim vor ([www.innovations-report.de/html/berichte/studien/bericht-53963.html](http://www.innovations-report.de/html/berichte/studien/bericht-53963.html))

### Zwang zur Selbsthilfe?

Wenn man davon absieht, dass das Programm der Regierung dadurch motiviert sein könnte, sich in der Sozialpolitik zu profilieren, ohne zugleich aber den Kurs der Einsparung in der Grundversorgung aufzugeben, bleibt die Frage: Was ist prinzipiell von der Idee des „Mehrgenerationenhaus“ zu halten? Zunächst scheint nichts dagegen einzuwenden, dass die verhältnismäßig geringe finanzielle Unterstützung an die Häuser geht, die sich dafür nun bewerben.

Die finanzielle Ausstattung vieler dieser Orte ist sicherlich nicht falsch. Bedenklich ist aber, dass hiermit insgesamt ein Politikwechsel, wenn nicht vollzogen, so doch zumindest begründet werden soll: Statt staatlicher Ansprüche gilt der Zwang zur Selbsthilfe. Es ist kein Zufall, dass diese Projekte vor allem bislang nicht in Großstädten, sondern auf dem Land oder in Kleinstädten angelaufen sind. Die Nachbarschaftsidee benötigt ein stabiles Umfeld, in der kurze Wege abzulegen sind und die Bewohner über längere Zeit nicht umziehen. Dies ist nicht mit der Wirklichkeit in deutschen Großstädten kompatibel, in der tägliches Pendeln zwischen Arbeitsstätte und Wohnung jeden Erwerbstätigen täglich im Durchschnitt eineinhalb Stunden kostet.

Das Mehrgenerationenhaus aber ist auch aus anderen Gründen die falsche Antwort auf die komplexen Herausforderungen unserer Gesellschaft: Erstens tauchen in allen diesen Konzepten keine ethnischen Minderheiten auf, sie aber machen durchschnittlich 20 Prozent aller Einwohner deutscher Großstädte aus, in vielen Stadtteilen ist ihr Anteil noch wesentlich höher. Zweitens basiert das Konzept vom „Nehmen und Geben“ zwischen den Generationen auf dem Vorhandensein von gewissen Stärken. Damit werden prinzipiell alle von Hilfe ausgeschlossen, die nicht selber auch etwas zu bieten haben.

Damit dürfte es sich vornehmlich um ein Programm für die bereits sozial Arrivierten handeln, für die Mittelschicht.

Drittens kennzeichnet sich das Konzept der Regierung durch eine Missachtung der Wünsche vieler Senioren aus, die es zwar auch schön finden, ab und zu Kinder zu betreuen, aber in erster Linie die sehr praktischen Probleme ihres Alleinseins lösen müssen. Hierzu würden kollektive Wohnformen gehören, die sich zwar in Deutschland allorts in der Mittelklasse organisieren, deren Fehlen aber für die meisten Senioren der Umzug in das ungeliebte Altenheim bedeutet.

Schließlich ist festzustellen, dass in den Mehrgenerationenhäusern keine Angebote bestehen, die sich insbesondere an arbeitende Männer richten. Man kann deshalb dieses Programm nur als klassisch konservativ verstehen, mit dem die Arbeitsteilung der Geschlechter aufrecht erhalten wird und dem frauenpolitischen Anliegen der letzten Jahrzehnte, z.B. auf eine gerechte Teilung der Aufgaben in der Familie, eine Absage erteilt wird. ▣

### Literatur:

Bundesamt für Bauordnung und Raumplanung: Raumordnungsprognose 2020, Bonn 2005.

Commerzbank Journal v. 17.3.2005

Förste, Oliver: Shooting Star aus Hannover, in: Freitag, 2/2005

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit: Mehrgenerationenhäuser. Konzept für ein lebendiges und generationsübergreifendes Miteinander in Niedersachsen.

Schäfer, Martina: Täglicher Trubel, in: Rheinischer Merkur, 50/2005.

### Links:

<http://www.bundesregierung.de>

<http://www.erfahrung-ist-zukunft.de>

<http://www.ms.niedersachsen.de>

<http://www.ludwigsburg.lokaleagenda21.org>

<http://www.mobile-pattensen.de>



**Dr. Frank Eckardt**, Jahrgang 1967, ist Juniorprofessor für Soziologie am Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar. Kontakt via E-Mail: [frank.eckardt@archit.uni-weimar.de](mailto:frank.eckardt@archit.uni-weimar.de)